

26.05.2010

Pressemitteilung Gewerkschaftsgrün Niedersachsen: Arbeitnehmerrechte stärken

Osnabrück – Für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte sprachen sich die Mitglieder der Landesarbeitsgruppe “Gewerkschaftsgrün” anlässlich ihres jüngsten Treffens im Osnabrücker DGB-Haus aus.

Petra Tiesmeyer von der DGB-Region Osnabrück-Emsland forderte, in der Finanzkrise müssten die Arbeitnehmer der verschiedenen Länder stärker zusammenstehen. „Die pauschale Beschimpfung der griechischen Kolleginnen und Kollegen in manchen deutschen Medien ist unerträglich.“, so Tiesmeyer.

Vor der zum Mai 2011 anstehenden Beschäftigungs-Freizügigkeit in Europa gelte es, eine gesetzliche Haltelinie gegen Dumpinglöhne durchzusetzen. Dabei soll der gesetzliche Mindestlohn eingebettet sein in ein Maßnahmenbündel, das die Tarifautonomie sichert und stärkt.

Ziel sei es, mit den Kommunen zu kooperieren, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, erklärte die DGB-Vertreterin. Dabei sei ein Schwerpunkt die Bildung, die früher einsetzen sowie solidarisches Lernen ermöglichen müsse. “Allerdings wird mit einer Unzahl von Projekten viel Geld verbrannt”, kritisierte Tiesmeyer. Statt die Verwaltungen mit der Abwicklung immer neuer Programme zu belasten, sei es vielfach besser, die Gelder direkt in ein geändertes gerechteres Bildungssystem zu geben.

Für die Beiräte von Argen und kooptierten Kommunen im Hartz IV-System müsse endlich eine echte Mitbestimmung her. Es geht darum, Langzeitarbeitlose in dauerhafte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Dazu gehören Entgelte, von denen die Menschen ihr Leben selbständig bestreiten können. Viele Maßnahmen und Projekte wie Arbeitsgelegenheiten, Bürgerarbeit usw. dienen oft nur zur Statistikbereinigung oder führt mancherorts sogar zu missbräuchlicher Entlastung der Beschäftigten und Kassen bei Kommunen direkt und anderen Trägern.

Für Gewerkschaftsgrün wies Betriebsratsmitglied Jochen Berendsohn aus Hannover auf das jüngst verabschiedete Papier “Gute Arbeit” hin. Darin gehe es neben einem Existenz sichernden Mindestlohn um bessere Regeln für Leiharbeit, Befristungen und Minijobs. Außerdem müssten Tarifsystem gestärkt, Mitbestimmung erweitert und Arbeitszeit verkürzt werden. Weiterhin werde die Rente spätestens mit 65 gefordert sowie der Ausbau einer solidarischen Bürgerversicherung.